



2017/21 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/21/angstfrei-ohne-grossbritannien>

Deutschland könnte vom »Brexit« ökonomisch profitieren

Angstfrei ohne Großbritannien

Von **Axel Berger**

Die nachteiligen Auswirkungen des EU-Austritts Großbritanniens für die deutsche Wirtschaft galten zunächst als erheblich. Neuen Erkenntnissen zufolge könnte die Bundesrepublik jedoch sogar profitieren.

Am Anfang gab es, wenn schon nicht Panik, so doch zumindest eine gehörige Portion Angst. Nach der Zustimmung knappen Mehrheit der britischen Wähler im Juni 2016 zum Ausscheiden Großbritanniens aus der EU verlor der Deutsche Aktienindex (Dax) zeitweise 1 000 Punkte und damit mehr als zehn Prozent seines vorherigen Werts. Einige Vorstandsvorsitzende deutscher Konzerne äußerten ebenso wie ein Gutteil der Wirtschaftsexperten in Medien und Universitäten ernsthafte Sorgen wegen der Auswirkungen der britischen Entscheidung auf das deutsche Exportgeschäft. Das Münchner Ifo-Institut, das vor dem Referendum bereits mehrere mögliche Szenarien untersucht hatte, kam noch im Monat des Referendums zu dem Ergebnis, dass ein Austritt Großbritanniens in jedem Falle »viele negative wirtschaftliche Folgen für das Land, aber auch für die EU und Deutschland« habe.

Der Präsident des Bundesverbands des Groß- und Außenhandels (BGA), Anton Börner, sagte seinerzeit der Welt: »Der politische und wirtschaftliche Flurschaden ist gewaltig.« Neben den vielen Stimmen aus der Autoindustrie, deren Gesamtumsatz im Vereinigten Königreich im Jahr 2015 immerhin etwa 40 Milliarden Euro betragen hatte, verwies vor allem Gerhard Cromme, der Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens, in Interviews und Talkrunden immer wieder darauf, dass der EU-Austritt Großbritanniens die Zukunftsaussichten des deutschen »Exportwunders« erheblich trübe. Ganz ähnliche Kommentare lieferten auch andere Branchenverbände wie diejenigen des Maschinenbaus und der Logistik.

Fast ein Jahr später ist die trübe Stimmung des deutschen Kapitals einer demonstrativen Gleichgültigkeit gewichen. So war der »Brexit« in der Anfang des Monats veröffentlichten Frühjahrsbefragung des unternehmernahen Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kein gewichtiges Thema mehr. Von den knapp 2 800 befragten Unternehmen rechnet demnach mit 46,4 Prozent fast die Hälfte mit einer höheren Produktion als im Vorjahr, während lediglich 11,5 Prozent schwierigere Zeiten auf sich zukommen sehen. Das IW erwartet für die kommenden beiden Jahre einen Zuwachs des Exportvolumens um drei beziehungsweise vier Prozent. Zwar könnten mittel- und langfristige »der Brexit und die US-Politik das wirtschaftliche Miteinander beeinträchtigen und das Wachstum der Weltwirtschaft schädigen«, insgesamt aber

hätten sich die internationalen Investitionsaussichten deutscher Unternehmen wieder »deutlich verbessert«, konstatierte der IW-Direktor Michael Hüther.

Die Außenhandelsbeziehungen zu Großbritannien haben sich im vergangenen Jahr kaum verändert. Einer Übersicht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte vom Januar zufolge exportierten deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr Güter im Wert von 89 Milliarden Euro ins Vereinigte Königreich, während der britische Export nach Deutschland mit etwa 38 Milliarden lediglich halb so groß war – typische Zahlen also für die stets auf positive Ausfuhrbilanzen ausgerichtete deutsche Wirtschaft und kaum eine Veränderung gegenüber 2015. Knapp zehn Prozent ihres Umsatzes erwirtschafteten die deutschen Konzerne demnach in Großbritannien. Das Land ist damit nach wie vor der dritt wichtigste Auslandsmarkt für deutsche Unternehmen.

Zudem gibt es deutliche Zeichen dafür, dass der britische EU-Austritt sich für Deutschland und seine Firmen sogar lohnen könnte. Einer Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young vom Januar zufolge könnte Europas Führungsmacht der »größte Gewinner« der Entwicklung sein. Jedes siebte Unternehmen mit Niederlassungen in Großbritannien erwägt demnach, wegen des schlechteren Zugangs zum europäischen Binnenmarkt nach dem »Brexit« Abteilungen aus dem Vereinigten Königreich abzuziehen. Dabei ist die Bundesrepublik der Studie zufolge die mit Abstand beliebteste Ausweichmöglichkeit: Für mehr als die Hälfte dieser Firmen wäre sie derzeit das bevorzugte Ziel. Zwar stehen den Chancen nach Angaben von Ernst & Young auch Gefahren gegenüber – etwa durch die Abwertung des Pfunds und die damit möglicherweise einhergehende höhere Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen sowie durch die eventuell erschwerten Einfuhrbedingungen – insgesamt aber seien bislang »keine negativen Folgewirkungen spürbar«.

Dies gilt nicht für die britische Wirtschaft. Unternehmensverlagerungen in den EU-Raum zeichnen sich bereits ab. Zuletzt hatte Ford angekündigt, in seinem Motorenwerk in Wales 1 100 Stellen zu streichen. Vor allem im Finanzsektor gibt es Anzeichen dafür, dass Firmen ihre Niederlassungen in der City of London zugunsten von Standorten in Dublin, Amsterdam, Paris oder Frankfurt verkleinern könnten. Stephan Bräuning vom internationalen Maklerhaus Colliers sagte im März der Welt: »Die Vertreter großer Banken schauen sich um, wo sie sich künftig niederlassen können.« Sowohl Goldman Sachs als auch JP Morgan Chase und Morgan Stanley hätten in Frankfurt bereits Flächen reserviert, die Vorbereitungen für den Standortwechsel seien im Gange. Vor allem die Angst vor dem Verlust des EU-Passes, einer Lizenz, Finanzprodukte ohne weitere Genehmigungspflicht in allen EU-Staaten zu vertreiben, dürfte eine Motivation sein, Standorte auf den Kontinent zu verlagern. Derzeit besitzen 5 500 britische Unternehmen diese Lizenz.

Der britische EU-Austritt sei zudem »eine gute Nachricht für die deutsche Start-up-Szene«, frohlockte Christoph Gerlinger, Geschäftsführer der »German Start-ups Group«, in einer Presseerklärung gleich nach dem Referendum. Zwar gibt es noch keine verlässlichen Angaben dazu, ob oder wie viele Medienunternehmen seither London tatsächlich verlassen haben. Die Zahl der Unternehmensgründungen in Berlin und anderen Großstädten des Kontinents steigt jedenfalls weiterhin.

Die Bundesregierung hat für die Austrittsverhandlungen mit der britischen Premierministerin Theresa May mehrmals auf einen »harten Schnitt« gedrängt. Das zeigt indirekt, wer derzeit die größere ökonomische Macht hat. »Ein ›Rosinenpicken‹ durch das Vereinigte Königreich darf es

nicht geben«, postulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor der EU-Sondertagung zum Beginn der Verhandlungen mit Großbritannien Ende April. Freihandelsabkommen mit der EU sind für Großbritannien unabdingbar, das macht das Land erpressbar. 60 Milliarden Euro Schulden wird die britische Regierung wohl schnell an die EU überweisen müssen.

Der anfängliche Katzenjammer der deutschen Industrie ist wegen der rosigen Aussichten längst wieder dem bekannten Selbstbewusstsein gewichen. »Vor allem unsere britischen Freunde selbst müssen im eigenen Interesse Klarheit herstellen«, meinte im Februar der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Markus Kerber. »Klarheit« bedeutet hier so viel wie: Großbritannien soll akzeptieren, dass die Unternehmen des Landes von allen EU-Förderungen ausgeschlossen werden, während europäischen und selbstverständlich vor allem deutschen Konzernen zugleich freier Zugang zum britischen Markt gewährt werden soll. Die Ende April beschlossenen EU-Leitlinien für die Ausstiegsverhandlungen, in denen solch harte Forderungen an Großbritannien gestellt werden, dürften Kerber gefallen.